



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmар Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;  
hier: Polizeidienststellen sanieren  
(Kap. 03 18 Tit. 701 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Für die notwendigen Sanierungen von Polizeidienststellen wird in Kap. 03 18 (Landespolizei) der Ansatz im Tit. 701 01 (Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten)) für das Jahr 2026 von 12.340,2 Tsd. Euro um 10.000,0 Tsd. Euro auf 22.340,2 Tsd. Euro und für das Jahr 2027 von 13.416,2 Tsd. Euro um 20.000,0 Tsd. Euro auf 33.416,2 Tsd. Euro erhöht.

### **Begründung:**

Bayerns Polizeidienststellen benötigen ein umfangreiches Sanierungsprogramm. Der Investitionsbedarf liegt bei 2,6 Mrd. Euro. Viele Inspektionen haben etwa auch mit Schimmel, Asbest, oder fehlendem Brandschutz zu kämpfen. Etwa ein Drittel der Polizeigebäude ist sanierungsbedürftig, rund 150 Dienststellen müssen umfassend instandgesetzt werden. Für unsere Sicherheit und aus Fürsorge den Beamtinnen und Beamten gegenüber, die diese Sicherheit tagtäglich gewährleisten, ist es dringend notwendig, mehr Mittel für Baumaßnahmen an Polizeidienststellen zur Verfügung zu stellen.